

alphabetentum der großen Massen gescheitert. Nur eine Million Anderer kann überhaupt als gebildet in unserem Sinne gelten. Ihnen gegenüber sind die Engländer natürlich gar nicht so sehr in der Minderheit. Dazu verfügen die Engländer über unbedingte Stützen ihrer Herrschaft. Das sind einmal die Maharadschas, die indischen Schattensultane, die zwei Fünftel des Landes dem Namen nach regieren und deren Existenz mit der britischen Oberhoheit auf Obedienz und Vererblichkeit verknüpft ist. Dazu kommen ein Teil der indischen Intelligenz unter Führung des Dichters Rabindranath Tagore und diejenigen indischen Kaufleute und Unternehmer, die es unter der englischen Herrschaft zu Reichtum gebracht haben. Sie alle sind zwar nur eine kleine, aber einflussreiche Minderheit, und sie alle wünschen keine Milderung des gegenwärtigen Zustandes.

Die Hauptstütze der englischen Herrschaft neben der nationalen Territorialität aber ist der religiöse Zwiespalt, der Gegenstand zwischen Mohammedanern und Hindus, der immer und immer wieder von den geschickten Engländern zur Stabilisierung ihrer Herrschaft ausgenutzt worden ist. Erst jetzt kommt wieder die Rede, daß sich der Führer der indischen Mohammedaner, Mohammed Ali, früher ein enger Mitarbeiter Gandhis, von der Ungehorsamsbewegung des Mahatma losgesagt hat, weil er darin einen „verzweifelten Versuch“ sieht, „die Vorherrschaft der weißen Rasse zu befestigen“. Das soll aber nicht heißen, daß die Mohammedaner englandsfreundlich sind. Ganz im Gegenteil, die Ereignisse im mohammedanischen Peshawar sprechen eine deutliche Sprache. Aber die religiösen und nationalen Zwiespälte in Indien lassen deutlich erkennen, daß der Herrschaft der Engländer das Land verlassen, so wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen in kurzer Zeit Indien in zahlreiche Stämme zerfallen, die alle ihre selbständigen Staaten bilden würden. Gegenseitige blutige Kämpfe wären,

troz der durch das Klima geförderten Passivität namentlich der Hindus, ähnlich wie in China bald an der Tagesordnung. Deshalb wäre ein Abzug Englands aus Indien auch vom deutschen Standpunkte aus nicht einmal begründenswert. Die Folgen wären sicher eine völlige Vernichtung unserer Freiheit nicht sehr erträglichen Handelsbeziehungen. Selbst Nationalisten wie Gandhi kennen die Gefahr des Bürgerkrieges nur zu gut. Denn auf nichts anderes spielt die Bemerkung des Mahatma an, er würde nach einem Verzicht Großbritanniens die englischen Truppen als Soldaten in den Dienst Indiens nehmen.

Bis jetzt freilich ist die Aufgabe Indiens durch Großbritannien noch nicht in den Bereich des Wahrheitsfindens gerückt. Allerdings könnten aus ausgedehnten händigen Aufständen eines 400-Millionen-Volkes England solche Schwierigkeiten erwachsen, daß der Nutzen der weiteren Aufrechterhaltung der Herrschaft in keinem Verhältnis mehr zu den aufgewendeten Kosten steht. Diese Entwicklung liegt natürlich nicht im Interesse der Kulturmission, weil sie die Gefahr des Eindringens des russischen Bolschewismus über das mohammedanische Turkestan geradezu heraufbeschwören würde. Jede Expansion des Bolschewismus, auch unter den farbigen Völkern, aber ist eine mittelbare Bedrohung der europäisch-amerikanischen Zivilisation. Auch vom Standpunkte des unter schmächtigsten Verleumdungen seiner Kolonien bezauberten Deutschlands ist deshalb zu billiger Schadenfreude über Englands Schwierigkeiten kein Anlaß vorhanden. Freilich können wir nicht darauf verzichten, immer wieder zu betonen, daß die Rote, die die farbigen Völker im zunehmenden Maße den weißen Kolonisatoren bereiten, hauptsächlich durch ihre kriegerische Verwendung gegen Deutschland seinerzeit unbedenklich geschächtet worden sind. Das gilt auch von Indien, das gegen die Stellung einer Armee von 300 000 Mann im Weltkrieg von England die Selbstverwaltung zugesichert bekam, um die es sich jetzt betrogen fühlt.

Der Sicherheitsausschuß des Völkerbundes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Am Montag begann in Genf eine auf 14 Tage veranschlagte Sitzung des Sicherheitsausschusses. Die Tagesordnung enthält drei wesentliche Punkte, einmal die Verhängung der Sanktionen des Völkerbundes gegen die Verletzung der Neutralität des Völkerbundes, die im Jahre 1928 ein Vertragsmodell aufgestellt, das dann allerdings in der Verletzung verfiel, jetzt aber auf Betreiben der Regierung MacDonalds wieder hervorgeholt worden ist. Von deutscher Seite würde man es durchaus begrüßen, wenn aus diesem Vertragsmodell ein allgemeiner Vertrag werden würde.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die finanzielle Unterstützung von angegriffenen Staaten. Hier haben auch die früheren Beratungen keine wesentliche Förderung bringen können. Die deutsche Regierung nimmt zu dieser Frage den Standpunkt ein, daß die finanzielle Hilfeleistung nicht gegeben werden soll, solange sich der Völkerbund noch um eine Vermittlung bemüht. Allerdings ist die Reichsregierung der Meinung, daß ein angegriffener Staat, der von seinem Gegner zu Unrecht angegriffen wurde, auf jeden Fall die finanzielle Unterstützung des Völkerbundes erfahren soll, daß also der Kriegsdrohung die Drohung mit der finanziellen Unterstützung des Angegriffenen entgegengestellt werden soll.

Der dritte Punkt der Tagesordnung endlich betrifft die Frage einer Ermächtigung für den Völkerbund, während einer Krise Flugzeuge ungehindert das Hoheitsgebiet der ihm angeschlossenen Staaten überfliegen zu lassen. Hier sind allerdings die Gegenfähigkeiten noch besonders groß, da nicht zuletzt auch Deutschland einer ungehinderten Überfliegung seines Gebiets ernste Bedenken entgegenstellt. Nach deutscher Meinung sollte diese Ermächtigung, die dem Völkerbund gegeben werden soll, sich nur auf Flugzeuge erstrecken, die lediglich zu Nachrichten- und Informationszwecken verwendet werden. Wenn nun vielfach angenommen wurde, daß das Sicherheitskomitee sich auch mit der Angleichung der Völkerbundsatzung an den Kelloggpaakt befassen würde, so trifft das nicht zu. Mit dieser Angelegenheit hat das Sicherheitskomitee nichts zu tun. Ebenso wird es sich auch nicht mit der Frage einer weiteren Interpretation des Artikels 18 des Völkerbundsstatuts befassen, wie sie Frankreich auf der Londoner Flottenkonferenz angeregt hatte.

Die Wirkung der deutschnationalen Beschlüsse

Berliner Presskommentare

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Die vorauszusagen war, findet die gefristete Entschliebung des deutschnationalen Parteivorstandes eine sehr verschiedene Deutung, die im wesentlichen durch die Haltung der verschiedenen Zeitungen zur deutschnationalen Volkspartei und deren Führer überhaupt bestimmt sind.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einer „Verurteilung der Partei“, einer Stärkung der Stellung Eugen Berghs gegenüber der Fraktion, die ihm, wie das Blatt hofft, die Möglichkeit geben werde, das für richtig Erkannte durchzuführen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die Entschliebung als ein „Kompromiß auf Zeit“ und gibt im übrigen ihrer großen Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß eine wirkliche und durchgreifende Klärung der Verhältnisse in der deutschnationalen Volkspartei, insbesondere auch eine Klärung in dem Verhältnis zwischen Partei und Landwirte, nicht erfolgt ist. Zwar sei der offene Bruch zwischen Parteiführung und Fraktionsmehrheit vermieden worden, doch bange die weitere Entwicklung an der Frage, wie weit die von der Minderheit der Fraktion verfolgte Intrigancie einer beweglichen Taktik, einer zielklarer Auffassung von den Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten einer verantwortungsbewußten Opposition Platz mache. Die Probe darauf könne schon jeher bald heraufzählen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß die Entschliebung formell im wesentlichen eine Verwirklichung der bereits angekündigten Kompromißpläne darstelle. Die tatsächlichen Gegensätze seien aber in keiner Weise überbrückt. Die Parteiführung nehme zwar eine vermittelnde Stellung ein — eine Stimmewandlung sei aber nicht zu erwarten. Es werde in absehbarer Zeit auf

eine neue Kraftprobe

zwischen der Parteiführung und der positiv eingestellten Fraktionsmehrheit antommen. In diesem Sinne seien die Spannungen eher vermindert als vermindert worden, und in unterrichteten Kreisen werde die Situation sehr ernst beurteilt.

Nicht minder unzufrieden ist auch die „Berliner Morgenzeitung“, die die Entschliebung des deutschnationalen Parteivorstandes als eine Stellungnahme gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion, deren Haltung praktisch mißbilligt werde, bezeichnet. Die Entschliebung sei so unsachlich wie nur möglich und widerspreche beinahe Punkt für Punkt jenem vom wahren staatspolitischen Empfinden geleiteten Standpunkt, den die wirtschaftlichen und industriellen Vertreter der Fraktion und nicht zuletzt auch Graf Westarp eingenommen und überzeugend dargestellt hätten. Das Bekenntnis des Parteivorstandes zu unrunder Opposition gegen die bürgerliche Regierung sei aufs tiefste zu bedauern und müsse notwendigerweise zu neuen Konflikten führen. Die Gefahr eines Auseinanderfallens der Partei sei, möge ein Bruch im Augenblick auch vermieden worden sein, keineswegs aufgehoben, und die Krise dauere ungeschwächt fort.

Die demokratische Presse spricht ebenfalls von einem deutschnationalen Kompromiß. Der Bruch sei vermieden worden, die Austragung des Kampfes vertagt, und die Reichstagsfraktion habe einen Ruffel bekommen. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion sich in den nächsten Tagen in einer Sonder Sitzung mit dem Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes befassen werde.

Die Rückwälzung der Umsatzsteuer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels wenden sich in Erklärungen gegen den Versuch von Großbetrieben des Einzelhandels, die erhöhte Umsatzsteuer auf dem Wege von Sonderkonditionen und Preisrabatten auf die Lieferanten rückzuwälzen. Weder im Text des Gesetzes noch in den Ausführungsbestimmungen der erhöhten Umsatzsteuer sei für eine solche Rückwälzung rechtlich eine Möglichkeit gegeben. Vielmehr mißbrauchen die Einzelhandelsgroßbetriebe damit ihre wirtschaftliche Machtstellung und setzen sich in Widerspruch mit dem Willen des Gesetzgebers. Im übrigen sei diese Rückwälzung für Industrie und Großhandel wirtschaftlich untragbar. Beide Verbände wollen diese Angelegenheit unverzüglich in den zuständigen Reichsministerien zur Sprache bringen und haben inzwischen ihre angeschlossenen Fachgruppen angewiesen, in keinem Falle eine Rückwälzung der erhöhten Umsatzsteuer zu dulden.

Vom Dawes- zum Youngplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Die Frage des Überganges der deutschen Reparationsleistungen vom Dawesplan zum Youngplan wird in der Presse bereits eifrig erörtert. Gegenüber nicht ganz zureichenden Darstellungen ist folgendes festzustellen: Der Youngplan selbst sieht einen Sonderausschuß vor, der die Ueberleitung vornehmen soll. Dieser Sonderausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern des Organisationskomitees für die Bank für internationale Zahlungen, ferner Vertretern der deutschen Regierung, der Dreyfus und des Generalagenten für Reparations-

zahlungen. Dieser Sonderausschuß hat gestern in Paris seine zweite Sitzung abgehalten.

Was nun die Neugestaltung der Dinge von Berlin aus betrifft, so hat zunächst einmal eine Prüfung der Konten der Uergangszeit beim Generalagenten für Reparationszahlungen stattgefunden. Diese Prüfung ergab keine erfreulichen Ergebnisse. Mit dem Moment, wo die Internationale Bank in Basel ihren Betrieb offiziell eröffnet, können sofort die Konten des Reparationsagenten in Berlin angeschlossen und in Basel eröffnet werden, wo ein besonderes Anwesen in der Nähe der Reparationskonten in Berlin angeschlossen werden. Der Bank für internationale Zahlungen übernommen werden. Pariser Willen selbst wird, wie er aus persönlichen schon mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, nach Amerika zurückkehren. Für die Kosten, die die Ueberleitung zum Youngplan verursachen, ist bekanntlich ein Fonds von 6 Millionen Reichsmark vorgesehen.

Der Kampf gegen das Salzmonopol in Indien

Kalkutta, 26. April. 2000 Landleute versammelten sich gestern abend in einem Dorke bei Diamond Harbour, wo Salz hergestellt wird. Die Polizei erklärte die Versammlung für ungesetzlich und befahl der Menge, sich zu zerstreuen. Das verammelte Volk warf Steine gegen die Polizei, wobei 16 Beamte verletzt wurden. Die Polizei erwiderte mit Schrottschüssen, drei Landleute wurden verwundet.

Vatel, der seine Würde als Präsident der gesetzgebenden Versammlung niedergelegt hat, richtete an die Bevölkerung Indiens eine Vorlesung, in der er sie, im Sinne Gandhis, auffordert, alle ausländischen Stoffe von sich zu werfen, auf indischen Handwebstühlen gefertigten Stoff zu tragen und für den Erfolg der nationalistischen Bewegung zu beten. Es ist beabsichtigt, Vatel am kommenden Sonntag in einem großen Umzug durch die Basarstraßen von Simla zu geleiten. Heute ist der Generalsekretär des nationalistischen Kongresses in Benares wegen Verstoßes gegen das Salzmonopol verhaftet worden.

Paul Boncour über „Europas Verblendung“

„Nur Frankreich, Polen, die Kleine Entente wissen, was sie wollen“

Drahtbericht unserer Pariser Korrespondenten

Paris, 26. April. Im „Journal“ spricht der Sozialist Paul Boncour, der frühere Vertreter Frankreichs im Völkerbund, über die Ergebnisse der Londoner Konferenz und verteidigt die bekannte französische These, daß die Frage der Abrüstung derjenigen der Organisation der internationalen Sicherheit untergeordnet bleiben müsse. Auf die Frage, ob der Friede durch die Londoner Konferenz gefördert worden sei, antwortet Boncour mit Ja, soweit dies die Beziehungen zwischen England, Amerika und Japan betreffe. Soweit dies aber Europa betreffe, könnte man die Frage nicht sicher bejahen, und

er bezweifle auch, daß die Genfer Abrüstungsarbeiten durch die Londoner Entscheidungen erleichtert werden.

Die englische Regierung habe, das müsse man gerechterweise anerkennen, in der Frage der Abrüstung ein gutes Beispiel gegeben. Trotzdem werde die Gesamtsituation der Kriegsschiffe, die die Weltmeere durchzürchen, nicht vermindert sein, im Gegenteil. Besonders aber werden zwei bedeutende Seemächte, Frankreich und Italien außerhalb des Londoner Vertrags stehen, und die Sicherheitsklausel, die England in den Vertrag hineingeschrieben habe, könne schon morgen das Gesamtergebnis der Konferenz wieder vernichten. Der Völkerbundspakt habe auch in London einen neuen Schlag erlitten, wie er überhaupt im Laufe der Jahre einen schweren Schlag um den anderen erleide. „Was ist“, ruft Boncour aus, „ein Tribunal wie der Völkerbund ohne Sanktionen, was ist ein Urteil ohne Exekutivgewalt, was ist ein Gericht ohne Gendarmen?“

Man bezweifelt, daß bei dieser Verblendung Europas, die mit der Ablehnung des Genfer Protokolls im Jahre 1924 begonnen habe, Amerika zögert, Europa seinen Beistand zu gewähren.

Auch über die Freiheit der Meere sei in London mit keinem Wort gesprochen worden. Das einzige, was Frankreich tun könne und tun müsse, sei, allen Widerständen zum Trotz auf dem begonnenen Weg, das heißt bei seiner These — erst Sicherheit, dann Abrüstung! — zu beharren. Glücklicherweise gebe es

einen festen Block in Europa, der wenigstens wisse, was er wolle, er besteht aus Frankreich, Polen und der Kleinen Entente.

Und im allgemeinen halten sich zu diesem Block noch Staaten wie Finnland, die baltischen Staaten, Spanien und Griechenland.

Feuerschutzwoche in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. April. Die Feuerschutzwoche, die von den Organisationen der deutschen Feuerwehren in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai stattfindet, um die Notwendigkeit des Feuerschutzes in den weitesten Kreisen des Publikums zu propagieren, wurde in Berlin heute mittag durch eine Eröffnungsfest in den Kammerschöpfpielen eingeleitet. An der Festveranstaltung nahmen zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der leitenden und unteren Beamten der Berliner und der auswärtigen Berufsfeuerwehren sowie der freiwilligen Feuerwehren der Industrie und des Handels teil. Oberbranddirektor Gempy, der Leiter der Berliner Feuerwehr, begrüßte die zahlreichen Ehrengäste, wobei er den an der Durchführung der Feuerschutzwoche beteiligten Stellen seinen Dank für die Mitarbeit aussprach. Die Eröffnungsrede hielt sodann der Vertreter des Reichsministeriums des Innern, Präsident Dr. Hamel, der die Bedeutung und den Zweck der Feuerschutzwoche umriss. Obwohl Deutschland über sehr gut organisierte Feuerwehren verfüge, deren Tätigkeit fürchterliche Katastrophen, wie man sie im Auslande in der letzten Zeit erlebt hätte, dank ihrer opferfreudigen Arbeit und ihrer guten technischen Ausrüstung abgewandt und verhindert hätte, gehöre doch zu einem wirksamen Feuerschutz nicht nur die Tätigkeit der Wehren, sondern eine allgemeine Aufklärung der Bevölkerung darüber, wie sie sich im Falle der Feuerschutzgefahr zu verhalten habe. Durch eigenes umsichtiges Verhalten der Bevölkerung und durch rechtzeitige Bordenungsmaßnahmen könnten zahlreiche Brände im Reime erstickt und größeres Unheil abgewendet werden.

Oberbranddirektor Gempy ergänzte diese Ausführungen in einem Vortrag nach der praktischen Seite hin, indem er eine Reihe von Verhaltensmaßnahmen bei Feuerschutzgefahr aufstellte. Es kamen dann die Vertreter der einzelnen Behörden zu Worte, die der Veranstaltung Erfolg wünschten und ihre fernere Mitarbeit zusicherten.

1500 Millionen Steuerermäßigung in Frankreich

Drahtbericht unserer Pariser Korrespondenten

Paris, 26. April. Die Kammer hat gestern wieder in zwei Tages- und in einer Nachsitzung, die bis heute früh andauerte, über die Herabsetzung der Steuern beraten und die diesbezügliche Regierungsvorlage angenommen. Ein sozialistisches Projekt, das etwa das Doppelte der von der Regierung vorgeschlagenen Steuererleichterungen im Betrage von 1500 Millionen Franken verlangt, wurde vom Finanzminister als untragbar bekämpft und mit 307:250 Stimmen abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß der Senat heute oder noch bis spätestens morgen Sonntag sowohl das Gesetz über die Sozialversicherungen wie die Vorlage über die Steuererleichterungen annehmen wird. Dann wird das Parlament in die Ferien gehen. Der Finanzminister Reynaud schloß seine Rede mit den Worten: „Wenn die Kammer in die Ferien geht, nachdem sie das Budget, die Sozialversicherung und die Steuererleichterungen angenommen hat, die wir hier vorschlagen, so wird sie sich um das Land wohlverdient gemacht haben, und ich glaube, daß wir auf diese Weise Frankreich seinen früheren Wohlstand, den es vor dem Kriege besessen hat, wieder zurückgeben.“

Wohlbeliebte Menschen können durch gewissenhaften Gebrauch des natürlichen „Frang-Josef“ Witterwässers ausgiebigen Stuhlgang ohne Anstrengung erzielen.

Zahlreiche fächerartige Blätter, die auch Nieren- und Gichtleiden, Rheumatisches, Stein- und Zuckerkrankheit mit der Wirkung des Frang-Josef-Wässers sehr zufrieden sind. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.